

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 102 (2008)
Heft: 2

Artikel: Die Schein-Opposition
Autor: Spieler, Willy
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-389939>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Willy Spieler

Die Schein- Opposition

Ohne «lebendige Opposition» verfallt die Schweiz «dem sicheren Tode», schrieb *Leonhard Ragaz* 1943, als das politische Bürgertum der SPS erstmals einen Bundesratssitz gewährte. Unter Opposition verstand der damalige Redaktor der *Neuen Wege* freilich das Gegenteil jenes rechtspopulistischen Neoliberalismus, den *Blocher & Co.* heute praktizieren. Deren Kerngeschäft ist ja nicht das Gemeinwohl, sondern die Umverteilung von unten nach oben – bis zum «geht nicht mehr» und darüber hinaus. Der Ablenkung von dieser Verelendungsstrategie dient die Sündenbockstrategie gegen die «Linken und Netten», denen unterstellt wird, jugendliche Gewalttäter zu hätscheln, sie gar ins Land zu holen und damit der «Ausländerkriminalität» Vorschub zu leisten, oder gegen die «Solidaritätsschwätzer», wie der Albisgütli-Redner schon vor Jahren all jene diffamierete, die sich für Solidarität innerhalb und ausserhalb der Schweiz einsetzen. Der schöne Schein der «Opposition» nährt sich von dem, was angeblich ominöser «Schein» ist: «Schein-Asylanten», «Schein-Invalide», «Schein-Bürgerliche», «Schein-Konkordanz» usw.

Nun soll die Kakophonie der Reizwörter noch lauter tönen. Anlass für diese «konsequente Opposition» ist die Abwahl des «Oppositions-Führers», der

nun nicht mehr das Gütesiegel eines Bundesrates, sondern nur noch seine Milliarden, seine Demagogie und «seine» SVP zur Verfügung hat. Unter ihm wird ein Schein-Präsident in Stellung gehen, dem der Vorgänger immerhin «politischen Killerinstinkt» (TA 12.1.08) attestiert. Ändern wird sich wenig, sagt doch der als «abgew. Bundesrat» sich Titulierende in seiner Albisgütli-Rede vom 18. Januar, Opposition heisse für ihn «weiterfahren wie bisher». Es wird wie bisher eine Schein-Opposition sein, die sich zwar vordergründig gegen Bundesrat und «classe politique» richtet, aber hintergründig mit dem Segen und der Unterstützung der «Wirtschaft» rechnen darf.

Opposition für das Kapital?

Schon am Tag danach titelte die NZZ (13.12.07): «Die Wirtschaft bedauert Blochers Abwahl». Zitiert wurden die Spitzen von Economiesuisse und Gewerbeverband, aber auch von Swissholdings, dem Verband der Industrie- und Dienstleistungskonzerne der Schweiz. Die NZZ-Redaktion selbst hetzte gegen die «Koalition der Unvernunft», die einen «Kommunisten» vorgeschickt habe, «um ihre erfolgreiche Fronde gegen den Bundesrat der wählerstärksten Partei anzukündigen» (15./16.12.07). Der Wirtschaftsredaktor meinte gar, Blocher als Bundesrat sei ein Faktor der Stabilität gewesen, weshalb man sich mit dessen Abwahl «mutwillig eines der Trümpfe der Schweiz im internationalen Standortwettbewerb begeben» habe (NZZ 31.12.07).

Standortwettbewerb? Wenn die Schweiz weltweit als «das schwarze Schaf Europas» herumgeboten und die Ausschaffungsinitiative zu Recht als «Sippenhaft» angeprangert wird, wenn die Minarettinitiative die islamischen Länder und Organisationen provoziert, wenn die Einbürgerungsinitiative kurz vor der Euro 08 zur Abstimmung kommen und weitere Irritation in der Auslandspresse auslösen wird, dann muss eine Wirt-

schaft, die auf diese Partei setzt, mit Blindheit geschlagen sein.

Blind macht die egoistische Verfolgung ökonomischer Interessen, blind das Vertrauen auf den Markt, der selber sozial und ökologisch orientierungslos ist. Was braucht es noch Sozialstaat, wo doch der Almosenstaat die «wirklich Bedürftigen» vor dem Verhungern schützt? Was braucht es eine ökologische Marktwirtschaft, wo doch der Markt für ein «survival of the fittest» sorgt? Es ist dieser sozialdarwinistische Neoliberalismus, mit dem die SVP sich dem rücksichtslosesten Abzocker-Kapitalismus andient, Steuersenkungen für die Reichen, Sozialabbau für die Armen und Raubbau an der Natur betreibt. Was daran «Opposition» sein soll, bleibt das Geheimnis des Erfinders, der diese Ideologie schon vor acht Jahren mit dem Pamphlet «Freiheit statt Sozialismus» flächendeckend verbreitet hat.

Mag sein, dass Wirtschaftsführer, wie sie wieder heissen, über die fremdenfeindlichen Methoden der «Opposition» die Nase rümpfen, doch der gute Zweck heiligt allemal die bösen Mittel. Die Schein-Opposition hat die Unterstützung dieser Schein-Heiligen. Mag sein, dass vielen das Diktat des Albisgütli-Redners riskant erscheint: Keine Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien, solange die EU «die Schweizer Steuerhoheit nicht akzeptiert». Aber auch die sog. Wirtschaft verteidigt «ihre» Steuerhoheit mit Zähnen und Klauen. Sie will vom Steuerwettbewerb profitieren, zumal dieser kein Leistungswettbewerb ist, der auch soziale und ökologische Errungenschaften enthielte, sondern den Staat zum blossen «Standortanbieter» für die mächtigsten ökonomischen Interessen verkommen lässt. Und sie kann sich auf eine «Opposition» verlassen, die auf die «Steuerhoheit des Souveräns» pocht, der im Wettlauf der Entstaatlichung eh nichts mehr zu sagen hat. Dankbar vernimmt die «Wirtschaft» – zu der die Arbeitenden und die Gewerkschaften nicht

zu gehören scheinen –, dass der Albisgütli-Redner sich gegen flankierende Massnahmen stemmt und dabei so gar nicht «oppositionell» argumentiert: «Die freien Arbeitsbedingungen in der Schweiz stellen einen grossen wirtschaftlichen Vorteil dar und sind dank fairer Arbeitgeber sozial.»

Warum nicht die Linke?

«Für das Volk und gegen den Bundesrat» lautet die Parole des Albisgütli-Redners. Als ob das Volk nicht weit mehr dem Bundesrat zugestimmt hätte als der SVP: von Neat und Schwerverkehrsabgabe über Uno-Beitritt und Mutterschaftsversicherung bis zu Schengen/Dublin. Ja, und er wolle «wieder Geld für das Wohl des Landes einsetzen», lässt der Milliardär aus seiner Villa hoch über dem Zürichsee verlauten. Vielleicht liest er wieder mal in *Gottfried Kellers* «Fähnlein der Sieben Aufrechten»: «Glücklicherweise gibt es bei uns keine ungeheuer reichen Leute, der Wohlstand ist ziemlich verteilt; lass aber einmal Kerle mit vielen Millionen entstehen, die politische Herrschaft besitzen, und du wirst sehen, was die für einen Unfug treiben.»

Die Strategie könnte insofern aufgehen, als diese Schein-Opposition im Dienst der ökonomisch herrschenden Interessen die «Mitte-Parteien» nach rechts drängt. «Rechts der Mitte» positioniert sich die FDP als Erfinderin der «Weniger-Staat-Parole» seit den 1980er Jahren, jetzt kündigt sie in vorauseilendem Gehorsam auch die «Koalition der Vernunft» auf. Will sie sich – einmal mehr – der SVP als Juniorpartnerin andienen? Was die CVP mit «Sicherheit, Sauberkeit, Ruhe und Ordnung» oder Kampf gegen den «Missbrauch von Sozialleistungen» in ihrer «Altdorfer Erklärung» will, ist entweder ein Kotau vor dem Rechtspopulismus oder einfach ein Rückfall in die ehemals eigene Parole vom «starken» – sprich: repressiven – Staat. Der Albisgütli-Redner freut sich, dass ihm FDP und CVP noch anderweitig entgegen-

kommen, diese mit dem Gegenvorschlag zur Prämiensenkungs-Initiative, jene mit dem Nein zur Prämienhöhung bei der Arbeitslosenversicherung.

Wie wenig SVP-Politik sich für echte Opposition eignet, zeigt die – für einmal berechnete Frage – des «Oppositionsführers» im *Sonntags-Blick* (20.1.08): «Warum sollen wir und nicht die SP in der Opposition sein?» Offenbar hat er selbst gemerkt, dass Opposition in diesem Land nur von einer profilierten und gefestigten Linken ausgehen könnte. Opposition müsste Alternativen aufzeigen, nicht nur zwischen mehr oder weniger Neoliberalismus, sondern auch solche zur herrschenden Ideologie und ihrem System: von der materiellen Steuerharmonisierung unter den Kantonen bis zu einer nationalen Erbschafts- und Reichtumssteuer, vom Recht auf Existenzsicherung bis zu den sozialen Grundrechten auf Bildung, Arbeit, Wohnen und Gesundheit, von der Mitbestimmung bis zur Demokratisierung der Wirtschaft, von einer ökologischen Steuerreform bis zum ökologischen Umbau der Wirtschaft, von der freien Wahl zwischen Zivildienst und Militär bis zur endgültigen Abschaffung der Armee, vom Einsatz für Sozial- und Ökoklauseln in internationalen Handelsverträgen bis zu Initiativen für eine Demokratisierung der UNO usw.

Opposition heisst Systemalternative

Es heisst, die Referendumsdemokratie erzwingt die Konkordanzdemokratie, da sonst die Politik des Bundes blockiert werde. So mag eine auf Harmonie bedachte Systemtheorie argumentieren. Es kann aber nicht der Sinn der direkten Demokratie sein, Konflikte soweit zu minimieren, dass sie gar nicht erst an der Urne zur Entscheidung kommen. Schon 1891 hatte der damals herrschende Freisinn andere Gründe, als er den Katholisch-Konservativen einen Sitz im Bundesrat gewährte. Es ging nicht um eine funktionsfähige Demokratie, sondern um die Einbindung des politischen Ka-

tholizismus in eine Bürgerblock-Strategie gegen die erstarkende Linke.

Preis für die Bundesratsbeteiligung der SP ab 1943 war denn auch der Verzicht auf Klassenkampf und Antimilitarismus im Zeichen des «sozialen Friedens», und das hiess: Verzicht auf Opposition im Sinn einer Systemalternative, damit Verzicht auf das wichtigste Recht eines Volkes, seine politische und wirtschaftliche Ordnung frei bestimmen zu können. Ragaz sah die Gefahr, dass eine Linke, die sich durch die Bundesratsbeteiligung bis zur ideologischen Unkenntlichkeit verbiegt, ihren «auf eine neue Welt (nicht nur eine «Neue Schweiz») gerichteten Charakter» und damit ihre «begeisternde Kraft» verliert. Es folgte der eingangs erwähnte Satz: «Ohne eine solche Opposition verfällt die Schweiz dem sicheren Tode.» Und: «Der Sozialismus wird aufhören auf der politischen Linie die tiefste Hoffnung der Besten zu sein» (NW 1943, 539f.).

Um diese «lebendige Opposition» zu entwickeln, müsste die SP heute nicht zwingend den Bundesrat verlassen. Es würde genügen, dass sie dort Mitglieder hätte, die nicht bei jeder Gelegenheit die «Steuerhoheit» statt die Steuergerechtigkeit verteidigen, das Bankgeheimnis hochleben lassen, statt es als Steuerhinterziehungsgeheimnis in Frage zu stellen, der Erhöhung des Rentenalters statt seiner Flexibilisierung das Wort reden, mit neuen Atomkraftwerken kokettieren, statt die Entwicklung von Alternativen Energien voranzutreiben ...

Was es – mit oder ohne Bundesratsbeteiligung – braucht, ist Opposition gegen eine Ökonomie, die nicht dem Land dient, sondern sich vom Land bedienen lässt, sei es mit Steuergeschenken oder anderen «Standortvorteilen», Opposition gegen Wirtschaftsparteien, die sich nicht am Gemeinwohl orientieren, sondern für die Gewinner der Globalisierung die unbeschränkte Freiheit und für die Verlierer den Almosenstaat propagieren, eine Opposition, die es wieder lernt, in Alternativen zu denken. ●